



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Volksantrag gegen Windkraftausbau	4
Heimatverliebt? Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland!	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
Karsten Hilse spricht KLARTEXT: „Friedrich Merz will die Bürger erziehen!“	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten	6
UNSER BILDUNGSSYSTEM – WO SOLL DAS NOCH HINFÜHREN?	6
Regionalgruppe Bautzen	7
Aktion zur Mitgliedergewinnung	7
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	8
Druckausgabe Blaue Post Bautzen	8
Archiv Blauer Rundbrief	8
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	9
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 27.9.2026	9
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.9.2026	11
Lückenpresse verdreht mal wieder alles: AfD setzt „Windrad-Stopp“ erfolgreich durch!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.9.2026	12
Digitaler Medienstaatsvertrag: Anlasslose Überwachung von Medien stoppen!	12
Nächster Gesinnungs-TÜV: Regierung stellt freie Schulen unter Generalverdacht!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.9.2026	13
Nächster AfD-Erfolg: Tempo 60 für alle SIMSONs beschlossen!	13



Pflege-Wohngeld in Sachsen muss kommen!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.10.2026	15
Tag der Einheit: Ostdeutscher Wählerwille muss respektiert werden!.....	15
Minus von fast 20.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr: Wirtschaftswende muss höchste Priorität haben!	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.10.2026	16
Unfassbar: Bis zu 20 Ausländer überfallen Dorffest und bedrohen Opfer mit Glasscherben!..	16
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	17
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	17
SPD will Steuer auf Zucker durchboxen	17
Merz und Klingbeil beuten Pendler weiter aus!	18
Bundesregierung beschließt Pflegereform.....	18
Klöckner überschreitet ihre Kompetenzen deutlich und wird untragbar!.....	19
Innenminister ändern Regeln gegen die AfD	20
„Expertise“ für Parteiverbote und linkes Geschwurbel	20
Keine Konsequenzen nach Bluttat von Trier	21
EU außer Kontrolle	21
Politik für Dich statt Asylchaos mit der Union!.....	22
USA: Finger weg von der AfD!.....	23
Staatliche Zensurpläne sofort stoppen!	23
Statt halbgarer CDU-Lösungen: Vollständig auf Sachleistungen umstellen!	24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	24
Ulrich Siegmund will sich im Dezember zum Ministerpräsidenten wählen lassen	24
Der Zeitplan steht - ab Dezember wird regiert. Ich halte euch weiter auf dem Laufenden!.....	24
Ulrich Siegmund will nur im ersten Wahlgang Ministerpräsident werden	24
Jetzt soll plötzlich die Sachsen-Anhalt-Wahl wiederholt werden	24
Bezirksbürgermeister in Berlin: CDU sieht „Gestaltungsauftrag“ bei der AfD und ist plötzlich gesprächsbereit.....	25
Neuauszählung bringt AfD weiteres Direktmandat in Berlin	25
„Für ungültig erklären und rückgängig machen“: Ausgeschlossene AfD-Kandidaten legen Einspruch gegen Wahlen ein.....	25



Ex-Verfassungsrichterin fordert AfD-Beteiligung am Bundesverfassungsgericht	25
Spahn gibt Sitz im Haushaltsausschuss auf	25
US-Abgeordnete droht AfD-Verbotsbefürwortern mit Einreiseverbot	25
Nächster Clan-Fall bei der Berliner Linken: Großfamilie aus Gaza stachelt zu Israelhass auf	25
Dann ist „auch Buchenwald möglich“: Hape Kerkeling unterstellt AfD, dass sie Konzentrationslager bauen will	25
Rhein, Söder, Wüst: Wenn diese Männer die Hoffnung der Union sind, gibt es keine Hoffnung mehr	25
Video-Empfehlungen	25
Informationskanäle der AfD	25
Unabhängige Medien	26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	26
Radio Klartext	26
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft	26
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	26
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	26
Deutschland-Kurier	26
Apollo News	26
{ungeskriptet} by Ben	26
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	26
Regionalgruppen im KV Bautzen	29
SPENDENKONTO	29
KONTAKT:	29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Volksantrag gegen Windkraftausbau #stoppmal



**Ihre Unterschrift ist
kein Wahlkreuz,
aber politisch wirksam.
→ volksantrag.org**

Mit <https://volksantrag.org> zum sächsischen Windkraftmoratorium!

Wir als Kreisverband Bautzen unterstützen diesen Antrag und sammeln Unterschriften in unseren Bürgerbüros in Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz und Königsbrück!

Kommen Sie vorbei und helfen sie uns dabei, 40.000 Unterschriften zu sammeln!

BAUTZEN, Postplatz 1
HOYERSWERDA, Spremberger Str. 11
HOYERSWERDA, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7
KAMENZ, Klosterstr. 4
KÖNIGSBRÜCK, Weißbacher Str. 23

Heimatverliebt?

Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland!



<https://www.afd.de/mitglied-werden/>

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Karsten Hilse spricht KLARTEXT: „Friedrich Merz will die Bürger erziehen!“

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=qbxWi2yK0fE>

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**

karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)

- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten

UNSER BILDUNGSSYSTEM – WO SOLL DAS NOCH HINFÜHREN?

405 ausgefallene Unterrichtsstunden in drei Jahren – eine Familie in Rheinland-Pfalz hat den Unterrichtsausfall ihres Sohnes über diesen Zeitraum dokumentiert. Darüber berichtete die WELT.



Auch in Sachsen ist Unterrichtsausfall ein Thema. Die offiziellen Zahlen für das Schuljahr 2025/26 weisen im Freistaat 4,4 % tatsächlich außerplanmäßigen Unterrichtsausfall aus. Im Landkreis Bautzen waren es 3,9 %.

Auch mich hat ein Bürger aus meinem Wahlkreis 55 kontaktiert und mir den Stundenplan seiner Tochter geschickt. Er zeigte sich sehr verärgert darüber, wie wenig regulärer Unterricht in einer Woche tatsächlich stattfand.

Lehrkräfte stehen heute vor zahlreichen Herausforderungen: Lehrermangel, große Klassen, fehlende Fachlehrer, sprachliche Verständigung mit Schülerinnen und Schülern, die noch nicht ausreichend Deutsch sprechen,

Konfliktbewältigung und die individuelle Förderung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen.

Umso wichtiger ist es, den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen – auch für junge Menschen, die sich heute für ein Lehramtsstudium entscheiden. Es braucht gute Studien- und Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und eine fundierte Ausbildung in den jeweiligen Fachrichtungen. Gerade bei bestimmten Fächern müssen ausreichend Fachlehrkräfte ausgebildet und langfristig für diese Bereiche gewonnen werden.

Wenn Lehrkräfte fehlen, Unterricht ausfällt, Fächer zusammengelegt oder Lehrkräfte fachfremd eingesetzt werden, entstehen zusätzliche Herausforderungen für Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler.

Bildung ist eine wichtige Grundlage für die Zukunft unseres Landes. Dafür braucht es verlässlichen Unterricht, ausreichend Lehrkräfte, gute Rahmenbedingungen und Schulen, die zeitgemäß ausgestattet und instandgehalten werden.

Die Entwicklung beim Unterrichtsausfall und die Situation an unseren Schulen verdienen daher besondere Aufmerksamkeit.

Doreen Schwietzer, MdL

Quellen:

- WELT, 24.09.2026: „Irgendwas stimmt da nicht“ – Abiturient verklagt das Land Rheinland-Pfalz
- Freistaat Sachsen, Datenbank Unterrichtsausfall, Schuljahr 2025/26
- Freistaat Sachsen, Schulstatistik

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der
Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe
Bautzen weitere Mitglieder zu
gewinnen, verteilen wir derzeit
diese Flyer. Im Innenteil
befindet sich der aktuelle
Mitgliedsantrag direkt zum
ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung
unterstützen möchte, meldet
sich bitte zu den Öffnungszeiten
im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



So können Sie gewinnen:

Die AfD-Regionalgruppe in Bautzen und Umgebung wächst stetig. Um das zu feiern verschenken wir ein originales **AFD-Sommerpaket** an die Person, die in diesem Sommer unser **70. Mitglied** wird. Nutzen Sie dafür den schriftlichen Antrag direkt in diesem Flyer oder das Online-Formular auf afd.de/mitglied-werden.

„Helfen Sie dabei mit, unsere Heimat zu bewahren!“

Jörg Urban
Wahlkreisabgeordneter
Landesvorsitzender

Antrag einreichen:

Den ausgefüllten Antrag nehmen wir gerne während der Öffnungszeiten in unserer Geschäftsstelle in Bautzen (Postplatz 1, 02625 Bautzen) entgegen. Selbstverständlich ist auch der postalische Versand möglich. Alternativ können Sie Ihren Antrag eingescannt per E-Mail an info@afd Bautzen.de senden.

Und auch unabhängig von einer Mitgliedschaft können Sie uns unterstützen – mit einer Spende und in den Sozialen Medien:

SPENDEKONTO: AfD Kreisverband Bautzen
DE16 8505 0300 0225 7855 52

AfD-Kreisverband Bautzen im Netz:
afd-bautzen.de
AfD-Kreisverband Bautzen bei Facebook:
facebook.com/afd-bautzen

Hinweise zum Gewinnspiel:

Die Aktion gilt für Neumitglieder, die ihren Wohnsitz in der Regionalgruppe Bautzen haben, die neben der Stadt Bautzen die Gemeinden Borsdorf-Südlig, Großdubrau, Hochkirch, Kubschütz und Malschwitz und die Stadt Weißenberg umfasst. Maßgeblich für die Ermittlung des Gewinners gilt der Zeitpunkt, an dem die satzungsgemäße Aufnahme des Antragstellers erfolgt.

V.i.S.d.P.: AfD-Kreisverband Bautzen,
vert. Frank Peschel, Postplatz 1, 02625 Bautzen

Gemeinsam für Deutschland:
Jetzt AfD-Mitglied werden und...
...Sommerpaket gewinnen!

AfD



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	05.10.2026	18.30 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	VORTRAGSSTAMMTISCH zur Militärpolitik mit Jörg Urban Referent ist ein ehemaliger hochrangiger Bundeswehroffizier
Fr	09.10.2026	12.00-12.00 Uhr	Marktplatz Königswartha	INFOSTAND mit Doreen Schwietzer, MdL
Sa	17.10.2026	10.00-12.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Mo	26.10.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	27.10.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	28.10.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	28.10.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
<https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:
<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 27.9.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

der aus Deutschland stammende, amerikanische Unternehmer Peter Thiel ist der Meinung, dass unsere Medien „zu einer Art linken Hassfabrik verkommen“ seien.

Es ist nicht die erste kritische Äußerung aus Amerika zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland. Legendär war etwa der Auftritt des US-Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025.

„Die Gefahr, die ich in Europa am größten sehe, ist nicht Russland oder China oder ein anderer externer Akteur“, betonte JD Vance vor der versammelten Weltöffentlichkeit. Die größte

»Linke Hassfabrik« zerstört Existenzen!

Die Feinde der Freiheit dürfen nicht siegen!

Deshalb leisten wir **Widerstand!**

Jörg Urban





Gefahr sehe er vielmehr im Rückzug der Redefreiheit und der Ausgrenzung Andersdenkender mit Hilfe von „Brandmauern“.

Laut der „Welt“ wurden in Großbritannien in den letzten fünf Jahren 62.000 Menschen „wegen Äußerungsdelikten festgenommen“. Im Durchschnitt kommt das Land also auf 34 Festnahmen pro Tag.

Großbritannien ist aktuell dabei, Kritik am Islam unter Strafe zu stellen. Es ist also noch lange kein Endpunkt der Einschränkung der Meinungsfreiheit erreicht.

Bei den Festnahmen für ein zu loses Mundwerk liegt Großbritannien im europäischen Vergleich unangefochten an der Spitze. Platz zwei belegt Weißrussland. Direkt dahinter folgt Deutschland. Konfrontiert mit dieser Statistik, dementierte das Bundeskriminalamt (BKA) übrigens nicht. Es wies lediglich daraufhin, entsprechende Zahlen angeblich nicht selbst zu erheben.

Erschreckend sind jedoch nicht nur die Anzahl der Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Geldstrafen für Äußerungen wie „Schwachkopf“ oder „Lügenfritz“. Die linke Hassfabrik setzt es sich auch zum Ziel, Existenzen von Menschen zu zerstören, die noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

Da gibt es zum Beispiel in Dresden eine junge Frau. Nach ihrem Einser-Abitur wollte sie Deutsch- und Musiklehrerin werden. Schon während des Studiums bekam sie zwei [Kinder](#). Trotz dieser Zusatzbelastung gelang ihr ein sehr guter Abschluss.

Nun gibt es im Umkreis von Dresden Schulen, an denen der gesamte Musikunterricht ausfällt, weil angeblich dafür keine [Lehrer](#) zu finden seien. Unter normalen Umständen müsste die junge Frau mit dem hervorragenden Abschluss also offene Türen einrennen.

CDU-Kultusminister Conrad Clemens sollte froh über jeden einzelnen motivierten und fähigen Bewerber sein, weil der Unterrichtsausfall immer noch viel zu hoch ist und die allermeisten Seiteneinsteiger nicht annähernd so qualifiziert sind wie die vorgestellte junge Frau.

Vor wenigen Tagen nun entschied das Oberverwaltungsgericht, dass die junge Frau nicht zum Lehrerreferendariat zugelassen wird. Der Beschluss ist unanfechtbar. Ihr wird vorgeworfen, nicht das nötige „Mindestmaß an Verfassungstreue“ mitzubringen.

„Den notwendigen Eid auf die Verfassung hätte ich ohne zu zögern und ehrlichen Herzens geleistet“, erwiderte die junge Frau auf diesen unhaltbaren Vorwurf.

Noch nie in ihrem Leben hat sie sich verfassungsfeindlich geäußert. Das gibt sogar der sogenannte Verfassungsschutz zu, der längst zum Regierungsschutz mutiert ist.

Die angebliche Verfassungsfeindlichkeit leitet die Regierungsbehörde anders her: Der jungen Frau wird eine zu große Nähe zu ihrem Elternhaus, der [Familie](#) Kubitschek, negativ ausgelegt. Das ist Sippenhaft und die ist in Deutschland grundlegend untersagt.

Zudem beruft sich der Verfassungsschutz auf anonyme Antifa-Quellen, aus denen heraus eine „Kontaktschuld“ zu anderen, angeblichen Extremisten behauptet wird, die wohl eher friedliche Regierungskritiker sind.

Die Antifa hingegen hatte die [Familie](#) der jungen Frau mehrfach tödlich angegriffen. Statt diese Gewalttäter zu bekämpfen, nutzt die Regierung nun Denunziationen genau dieser linksextremen Antifa, um de facto ein Berufsverbot zu verhängen.

Zunächst erhielt die junge Frau übrigens eine Zusage. Dann nahm die „linke Hassfabrik“ mit einer Verleumdungskampagne ihre Arbeit auf. Wenn Gerichte und Regierungen auf diese Verleumdungskampagnen hereinfallen oder sogar aktiv daran mitwirken, dann geraten die Grundrechte der Bürger unter die Räder. Das dürfen wir nicht zulassen.

Während die CDU die Grundrechte wie schon zu [Corona](#)-Zeiten kaum noch achtet, ist die AfD die einzige starke politische Kraft zum Schutz der Freiheit in unserem Land.

Wir stellen uns an die Seite derjenigen, die von linken Hassfabriken verfolgt werden. Denn unser Grundgesetz sagt klar: Jeder muss seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern können.

Artikel 3 des Grundgesetzes legt darüber hinaus fest, dass „niemand“ aufgrund seiner „politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ darf.

Die AfD wird dafür sorgen, dass unser Grundgesetz wieder uneingeschränkt gilt. Die Verfassungsfeinde hingegen sitzen in linken Vereinen und in Regierungsämtern, die mit ihnen zusammenarbeiten.

*Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban*

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-feinde-der-freiheit-duerfen-nicht-siegen-deshalb-leisten-wir-widerstand/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 28.9.2026

Lückenpresse verdreht mal wieder alles: AfD setzt „Windrad-Stopp“ erfolgreich durch!

Die „Sächsische [Zeitung](#)“ verkündet heute einen „vorläufigen [Windrad](#)-Stopp“. Die Regierung plane ein „Moratorium“, um „Wildwuchs“ zu verhindern.



Genau dieses Anliegen hatte die AfD-Fraktion im letzten Plenum am 17. September zur Abstimmung (Drs. 8/6936 und 8/8388) gestellt.

Die positive Nachricht also: Mit etwas Verspätung wird eine zentrale AfD-Forderung umgesetzt, obwohl die CDU das im Parlament abgelehnt hatte.

Als inoffizielles Organ der Regierung schreibt das die „Sächsische [Zeitung](#)“ freilich nicht so. Die „Lückenpresse“ bringt es fertig, die AfD-Urheberschaft dieser Entscheidung zu verschweigen.

Aber, keine Sorge, liebe Bürger, wir bleiben an dem Thema trotzdem dran: Der „vorläufige [Windrad](#)-Stopp“ war nur unser erstes Etappenziel. Nächstes Etappenziel wird sein, überhaupt keine Windräder mehr in Wälder zu bauen.

Die AfD wird die Verspargelung unserer Heimat stoppen. Wir setzen auf [Kernkraft](#) statt Windradwahnsinn!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/lueckenpresse-verdreht-mal-wieder-alles-afd-setzt-windrad-stopp-erfolgreich-durch/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 29.9.2026

Digitaler Medienstaatsvertrag: Anlasslose Überwachung von Medien stoppen!

Am 25. Juni 2026 haben die Regierungschefs der Länder – darunter Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) – den „Digitalen Medienstaatsvertrag Teil 1“ beschlossen. Der Landtag wurde darüber bisher nur vorunterrichtet ([8/8486](#)).

Das heißt: Bisher liegt den Abgeordneten nicht das Gesamtdokument des Vertrags vor, sondern lediglich eine gekürzte Version. Aus dem Gesamtdokument zitieren indes bereits mehrere Medien.

NIUS schreibt, geplant seien „auch präventive und aufklärende Maßnahmen“ zur Überwachung von Online-Plattformen. Die Überwachung beginne also nicht erst bei tatsächlichen Rechtsverstößen.

Die „Welt“ befürchtet durch den neuen Vertrag eine „schleichende Selbstzensur“ und warnt vor einer „historischen Zäsur“. Erstmals im deutschen Medienrecht sollen die Landesmedienanstalten die Qualität von Inhalten bewerten und „destruktive Kräfte“ zurückdrängen.



Dazu erklärt Torsten Gahler, medienpolitischer Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion:

„Die anlasslose Überwachung von Online-Plattformen und Medieninhalten mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz widerspricht der Meinungs- und Pressefreiheit. Aus diesem Grund haben wir bereits 2023 den Einsatz der Überwachungssoftware KIVI scharf kritisiert ([Drs. 7/13582](#)).

Was nun allerdings allem Anschein nach geplant ist, schlägt dem Fass den Boden aus. Mit drakonischen Geldstrafen von bis zu 1,5 Millionen Euro sollen Bürger, Journalisten, alternative Medien und die Plattformbetreiber eingeschüchtert werden.

Um das ganze Ausmaß der Zensurmaßnahmen beurteilen zu können, fordern wir CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer auf, das brisante Gesamtdokument des Vertrags allen Abgeordneten des Landtags zur Verfügung zu stellen. Wir erwarten volle Transparenz. Allein die bisherige Heimlichtuerei ist bezeichnend.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/digitaler-medienstaatsvertrag-anlasslose-ueberwachung-von-medien-stoppen/>

Nächster Gesinnungs-TÜV: Regierung stellt freie Schulen unter Generalverdacht!

Die sächsische Minderheitsregierung aus CDU und SPD will das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft ändern ([8/7501, S. 67](#)).



REGIERUNG stellt
freie Schulen unter
Generalverdacht!



Der Verfassungsschutz soll „Bedenken“ über die „persönliche Zuverlässigkeit“ von Lehrern beim Landesamt für [Schule](#) und [Bildung](#) melden.

Dazu erklärt Romy Penz, bildungspolitische Sprecherin der sächsischen AfD-Fraktion:

„Das Landesamt für [Schule](#) und [Bildung](#) hat aktuell einer angehenden Lehrerin die Zulassung zum Referendariat nachträglich wieder entzogen, nachdem der Verfassungsschutz anonyme, illegale und denunzierende Antifa-Quellen zusammenkopiert hatte.

Eine solche Gesinnungsprüfung, die nun auch bei freien Schulen geplant ist, widerspricht den Grundsätzen unseres Rechtsstaates. Es darf nicht die Aufgabe einer Behörde sein, Bedenken zusammenzutragen. Jede Behörde muss auf Basis eindeutiger und nachprüfbarer Beweise arbeiten. Zudem muss die Unschuldsvermutung gelten.

CDU-Kultusminister Conrad Clemens stellt die sächsischen [Lehrer](#) und alle freien Schulen unter Generalverdacht. Dadurch drohen nun nach angehenden Juristen auch Lehrern faktische Berufsverbote.

Wir sehen darin einen verfassungswidrigen Eingriff in die Berufsfreiheit und lehnen die Gesetzesänderung natürlich ab.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechster-gesinnungs-tuev-regierung-stellt-freie-schulen-unter-generalverdacht/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 30.9.2026

Nächster AfD-Erfolg: Tempo 60 für alle SIMSONs beschlossen!

Anfang dieser Woche hat die sächsische Regierung einen „vorläufigen [Windrad](#)-Stopp“ verkündet. Sie setzt damit einen AfD-Antrag um, der am 17. September im Plenum behandelt wurde.

Etwas länger gedauert hat es mit der SIMSON: Im Oktober 2025 lehnte die CDU den AfD-Antrag ([Drs. 8/3930](#)) für Tempo 60 für reimportierte SIMSON-Kleinkraftfahräder noch ab. Am 29. September 2026 hieß es trotzdem im Günter Schabowski-Sound, dass „ab sofort“ alle Kleinkraftfahräder aus DDR-Produktion mit Tempo 60 unterwegs sein dürfen.

Na bitte, geht doch!



Was kommt
als nächstes?



Mal schauen, welche AfD-Anträge die Regierung von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer nächste Woche übernimmt. Da wir ja wissen, dass die Regierung hier mitliest, ein paar Vorschläge:

1. Überflüssige Behörden wie das Fachkräftezentrum ZEFAS abschaffen!
2. Entlastung des Strafvollzugs durch Rückführung von ausländischen Gefangenen in ihre Heimat!
3. Keine Solaranlagen mehr auf landwirtschaftlichen Flächen zulassen! Nahrungsmittelerzeugung stärken!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/naechster-afd-erfolg-tempo-60-fuer-alle-simsons-beschlossen/>

Pflege-Wohngeld in Sachsen muss kommen!

Die „Freie Presse“ wirft den Ländern in ihrer heutigen Ausgabe vor, Pflegeheimplätze zu „verteuern“. Zu Wort kommt dazu Ulrike Elsner, Vorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen (vdek). Sie sagt: „Investitionskosten sind Ländersache und müssen endlich auch vollumfänglich von diesen getragen werden.“



Im Sozialgesetzbuch (§ 9 SGB XI) steht: „Die Länder sind verantwortlich für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur.“

In Sachsen würden die Eigenanteile für Pflegebedürftige schlagartig um 450 Euro pro Monat sinken, wenn die Regierung diesen bestehenden gesetzlichen Auftrag erfüllen würde. Die Eigenanteile liegen aktuell bei rund 3.000 Euro pro Monat.

Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Peter Bachmann:

„CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert, dass zur Bezahlung der immensen Pflegekosten das Vermögen der Bürger herangezogen wird. Darüber hinaus fordert er mehr Finanzmittel vom Bund.“

Nach seinem Willen sollen also alle mehr bezahlen, nur er selbst drückt sich vor der ihm gesetzlich zugewiesenen Verantwortung. Hinzu kommt: Die sächsische CDU hat die Übernahme der Investitionskosten in Form eines Pflege-Wohngeldes schon 2019 versprochen.

Dieses Versprechen muss die CDU nun endlich mit sieben Jahren Verspätung einlösen. Es ist heuchlerisch von Michael Kretschmer, anderen die Schuld für die Pflegemisere in die Schuhe zu schieben, während er selbst seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/pflege-wohngeld-in-sachsen-muss-kommen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.10.2026

Tag der Einheit: Ostdeutscher Wählerwille muss respektiert werden!

Zum anstehenden „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die Ostdeutschen haben aus DDR-Zeiten ein feines Gespür für Versuche der Bevormundung mitgenommen. Sie reagieren zu Recht allergisch, wenn ihnen jemand vorschreiben will, was sie zu wählen und zu denken haben.

Die freie Meinungsbildung und freie Wahlen bilden das Fundament der freiheitlichen Demokratie. Es ist deshalb unerhört, wenn die politisch-mediale Klasse zur Wählerbeschimpfung ansetzt. Gerade in den letzten Wochen nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben wir das jedoch leider erlebt.

Die deutsche Einheit wird erst dann vollendet sein, wenn der Wählerwille der Ostdeutschen endlich genauso wie der Wählerwille der Westdeutschen respektiert wird. Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft nicht mehr in den Kategorien Ost und West denken müssen, denn wir Deutschen sind ein Volk!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/tag-der-einheit-ostdeutscher-waehlerwille-muss-respektiert-werden/>



Minus von fast 20.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr: Wirtschaftswende muss höchste Priorität haben!

Innerhalb eines Jahres hat Sachsen 19.200 Arbeitsstellen eingebüßt. Die Hälfte davon betrifft die Industrie. Auch der Handel (minus 4.600) befindet sich in einer Abwärtsspirale. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet auch nicht mit einer „Herbstbelebung“. Vielmehr sei ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten.



Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Frank Peschel:

„Ich kann weder bei der CDU noch bei der SPD eine Gesamtstrategie zur Belebung der Wirtschaft erkennen.

Wann beginnt denn nun endlich der versprochene Bürokratie-Abbau? Wann will die Minderheitsregierung die Steuer- und Abgabenlast senken? Wann und wie soll Sachsen in Zukunft günstige Energie beziehen können? Wie lässt sich der Außenhandel in alle Himmelsrichtungen stärken? Bei all diesen Fragen liefert die Minderheitsregierung keine überzeugenden Antworten.

Die AfD ist überzeugt davon, dass eine radikale Wirtschaftswende nur mit weniger Staat und einem freien Unternehmertum möglich ist. Wir brauchen keine 2.500 Förderprogramme! Da gebe ich dem Steuerzahlerbund recht. Wir brauchen auch keine zusätzlichen Steuern wie die Zuckersteuer, die wieder für einen Aufwuchs von 223 Stellen in der Verwaltung sorgen.

Was wir hingegen brauchen, ist ein schlanker, wirtschaftsfreundlicher Staat, der in der Lage ist, in unsere Infrastruktur zu investieren. Polen baut die Autobahn zwischen Görlitz und Breslau ab 2027 dreispurig aus. Warum wir das nicht auch auf deutscher Seite schaffen, muss sich insbesondere der in Görlitz gewählte Ministerpräsident fragen lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/minus-von-fast-20-000-arbeitsplaetzen-in-einem-jahr-wirtschaftswende-muss-hoechste-prioritaet-haben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.10.2026

Unfassbar: Bis zu 20 Ausländer überfallen Dorffest und bedrohen Opfer mit Glasscherben!

Dass Messermänner „mit dunklerem Teint“ (O-Ton Polizei) unser „Stadtbild“ (Friedrich Merz) prägen, ist inzwischen zur allseits bekannten Normalität geworden.

So auch wieder am Donnerstag in Chemnitz, als vier dieser „Männer“ auf Raubzug in der Innenstadt unterwegs waren.

Es betrifft aber leider nicht nur die Großstädte. In Beicha bei Döbeln überfielen bis zu 20 „nichtdeutsche Männer“ (OAZ) das Oktoberfest. Das Ergebnis: Neun Verletzte, hauptsächlich Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Sechs davon schwer verletzt, die ins Krankenhaus mussten.

Ein Augenzeuge berichtete der „Ostdeutschen Allgemeinen“, die Täter hätten „Flaschenhälse abgeschlagen und ihre Opfer mit den Glasscherben bedroht“.

Die CDU versucht den Vorfall bisher totzuschweigen. Die sächsische AfD-Fraktion fordert hingegen eine umfassende Aufklärung! Der AfD-Abgeordnete Lars Kuppi hat bereits eine Kleine Anfrage an die Regierung eingereicht (Drs. 8/8504).

Es zeigt sich einmal mehr: Die dezentrale Unterbringung von Asylforderern hat der Sicherheit in unserem Land schweren Schaden zugefügt.

Kriminelle Ausländer müssen schnell abgeschoben werden! Illegale Einwanderer müssen zudem zentral untergebracht werden, damit sie direkt wieder auf ihre Rückkehr vorbereitet werden können. Herr Kretschmer, Herr Innenminister Schuster, wann endlich wollen sie auf diese „Einzelfälle“ reagieren, die sich täglich in unseren Städten und leider inzwischen auch auf den Dörfern ereignen?

<https://afd-fraktion-sachsen.de/unfassbar-bis-zu-20-auslaender-ueberfallen-dorffest-und-bedrohen-opfer-mit-glasscherben/>





Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken

SPD will Steuer auf Zucker durchboxen

Finanzminister Klingbeil (SPD) greift den Bürgern eiskalt tiefer in die Tasche, um die eigenen Haushaltslöcher zu stopfen. Trotz des vorläufigen Stopps aus dem Kanzleramt hält er unbeirrt an einer neuen Zuckersteuer fest, die bis zu 38 Cent pro Literflasche kosten soll. Angeblich geht es um den Schutz von Kindern, doch interne Protokolle belegen längst das eigentliche Motiv: Die schwarz-rote Koalition sucht schlicht nach frischem Geld für ihre Kassen.



Für die Verbraucher bedeutet dieser Vorstoß spürbar höhere Preise am Kassenbon und eine weitere Bevormundung im Alltag. Wer ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen muss, wird durch diese Abgabe zusätzlich bestraft, während die Koalition aus SPD und CDU ihre eigenen Sparversäumnisse auf die Bevölkerung abwälzt. Statt die Bürger nach Jahren der Rekordinflation spürbar zu entlasten, erfindet die Regierung immer neue Wege, um den Menschen das Geld abzupressen.

Diese Politik der Schikanen und Mehrbelastungen muss ein Ende haben; dieses Bündnis gehört schleunigst abgelöst. Wir als AfD lehnen jede Sondersteuer auf Lebensmittel strikt ab und setzen auf den mündigen Bürger statt auf staatliche Gängelung. In

Regierungsverantwortung wird die AfD diese unsoziale Zuckersteuer sofort wieder kassieren.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1618490726313236&set=a.797289411766709>

Merz und Klingbeil beuten Pendler weiter aus!

Bundeskanzler Merz (CDU) kündigte großspurig eine Entlastung von 17 Cent pro Liter an, doch die Realität an den Tankstellen straft diese Ankündigung gnadenlos ab: Seit 12 Uhr kostet Kraftstoff exakt das, was er am Vortag kostete.

Für Pendler, Handwerker und Familien wird Mobilität in unserem Land zum unbezahlbaren Luxusgut. Wenn sich Alleinerziehende wegen der extremen Treibstoffkosten keinen Urlaub mehr mit ihren Kindern leisten können, läuft in der Wirtschaftspolitik der Regierung grundlegend etwas schief. Anstatt die Bürger spürbar und dauerhaft zu stützen, betreibt Schwarz-Rot reine Kosmetik, während der Staat über Steuern und Abgaben kräftig an jedem Liter mitkassiert. Die Leidtragenden sind diejenigen, die täglich zur Arbeit fahren müssen und auf ihr Auto angewiesen sind.



Wir als AfD fordern ein sofortiges Ende dieser wirkungslosen Scheinlösungen und eine echte, dauerhafte Entlastung für alle Bürger. Dazu gehört vor allem die ersatzlose Streichung der CO₂-Abgaben, die Energie und Mobilität künstlich verteuern und den Mittelstand ruinieren. Nur mit einer grundlegenden Steuersenkung auf Kraftstoffe stellen wir sicher, dass ehrliche Arbeit sich wieder lohnt und die Menschen ihr hart erarbeitetes Geld behalten dürfen.

Aktuelle Preise: www.alternative-rlp.de/spritpreisrechner

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1617838589711783&set=a.797289411766709>

Bundesregierung beschließt Pflegereform

Das Bundeskabinett hat heute die Pflegereform beschlossen. Um den seit Wochen anhaltenden Streit in der Regierungskoalition nicht weiter eskalieren zu lassen, wurden Kritikpunkte und grundlegende Reformvorhaben vorerst ignoriert. Diese sollen von einer Kommission geklärt



werden. Die Folge: Beitragszahler werden deutlich höhere Belastungen schultern müssen.

Dazu teilt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, mit:

„Die Ehepartner-Mitversicherung wird künftig teurer, Kinderlose zahlen mehr und die Beitragsbemessungsgrenze steigt. All dies belastet die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Es ist ein Armutszeugnis der Regierung von Kanzler Merz und Gesundheitsminister Linnemann, dass deren zentrales Handeln darauf beschränkt ist, immer mehr Geld von den Bürgern abzugreifen, um die grundlegend reformbedürftige

Pflegeversicherung kurzfristig vor dem finanziellen Ruin zu bewahren. Und natürlich wird auch wieder eine Kommission damit beauftragt, weitere Belastungen für die Bürger auf den Weg zu bringen, etwa höhere Belastungen für Privatversicherte.

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung steigt seit Jahren und das Geld langt trotzdem hinten und vorne nicht. Echte Reformen gibt es nicht. Wo bleibt ein radikaler Bürokratieabbau? Wo bleibt die Stärkung der häuslichen Pflege? Der Pflegefall Pflegeversicherung gehört grundlegend reformiert, genauso, wie auch der gesamte Gesundheitssektor. Die AfD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits umfangreiche Konzepte vorgelegt, die nicht nur die Pflege, sondern auch Krankenkassen, Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken, Therapeuten, sowie alle weiteren Leistungserbringer einschließen. Wir fordern die Bundesregierung daher erneut auf, einer grundlegenden Gesundheits- und Pflegereform nicht länger im Weg zu stehen.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1653387649483759&set=a.818190173003515>

Klöckner überschreitet ihre Kompetenzen deutlich und wird untragbar!

„Dass Klöckner ihr unliebliche Fraktionen gern des Saales verweisen möchte, sagt einiges über ihr offensichtlich mangelndes Demokratieverständnis aus. Ein Offenbarungseid für eine der Neutralität verpflichtete Bundestagspräsidentin. Es ist das eine, Störer des Saales zu verweisen. Diese Möglichkeit ist in § 38 GOBT klar geregelt. Aber eine ganze Fraktion quasi als Kollektivstrafe aus dem Saal zu schmeißen, wie sie sagt, ist natürlich nicht möglich.

Normalerweise werden Bundestagspräsidenten von den Fachabteilungen auch zur Geschäftsordnung beraten. Hier scheint dies nicht der Fall zu sein. Dass Klöckner außerdem die Verwertung von Reden in den sozialen Medien kritisiert, ist ebenfalls unsäglich:

Zum einen beschäftigt sie selber Heerscharen von Mitarbeitern für ihre Auftritte in den sozialen Medien und verpulvert zehntausende Euro für Friseure und Visagisten. Zum anderen müssen sich Politiker natürlich den Bürgern erklären, die Bürger über ihr Wirken aufklären und dürfen sich nicht im Elfenbeinturm Bundestag verstecken. Vor den Bildschirmen sitzen diejenigen, für die wir Politik machen, die uns in den Bundestag gesendet haben. Sie haben ein Anrecht darauf, informiert zu



werden. Das ist nicht nur nicht kritikwürdig, sondern geradezu geboten.“

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1652468052909052&set=a.818190173003515>



Innenminister ändern Regeln gegen die AfD

Aus Angst vor dem Wählerwillen hebeln die etablierten Innenminister kurzerhand bewährte Regeln aus. Weil unsere AfD nach dem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt die Regierung anführen wird, hat die Innenministerkonferenz ihr jahrzehntealtes Einstimmigkeitsprinzip im stillen Umlaufverfahren kassiert. Künftig reichen 13 von 16 Stimmen, um Beschlüsse auszudrücken. SPD und CDU schaffen das Vetorecht ab, bevor ein frei gewählter AfD-Vertreter mit am Tisch sitzt.

Wer Spielregeln ändert, sobald er Wahlen verliert, tritt das Vertrauen der Bürger mit Füßen. Die Verantwortlichen wollen sich ein Durchregieren sichern, damit sie ihre bisherige Politik ungehindert über die Köpfe ganzer Bundesländer hinweg fortsetzen können. Statt die Quittung an der Wahlurne zu akzeptieren, bauen Maier (SPD) und seine Kollegen eine Brandmauer gegen den Föderalismus. Sie fürchten keine Sicherheitslücken, sondern den Verlust ihrer Macht und die lückenlose Aufklärung ihrer jahrelangen Fehlentscheidungen.

Als AfD erteilen wir diesem fadenscheinigen Manöver eine klare Absage. Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, den Wählerwillen uneingeschränkt zu respektieren und zum Einstimmigkeitsprinzip zurückzukehren. Wer Wahlergebnisse nicht erträgt, darf nicht die Grundlagen unseres Landes verbiegen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1617485946413714&set=a.797289411766709>

„Expertise“ für Parteiverbote und linkes Geschwurbel

Im Ausschuß für ein AfD-Verbotsverfahren wartete die Linke mit echter Fachkompetenz auf: Hape Kerkeling gehört zu den bekanntesten Komikern. Und er weiß, wie man die Gefühle eines Publikums manipuliert. Darüber hinaus empfindet er sich als »Experte« für verfolgte Minderheiten, denn er flüchtete aus Berlin, weil es dort für Homosexuelle zu ungemütlich geworden ist. Das könnte etwas mit der großen Zahl von Zuwanderern zu tun haben, die aus Ländern stammen, in denen auf Homosexualität die Todesstrafe steht.



»Ich würde und werde mich öffentlich mit dem Islam nicht beschäftigen. Aus Angst.« — Hape Kerkeling, Die Zeit vom 09.01.2008 (<https://archive.ph/ljiOD>) [1]

Wenn eine Partei genau das ändern und damit auch Menschen wie Hape Kerkeling in Deutschland ein friedliches Leben garantieren will, dann möchte er sie verbieten. Das I-Tüpfelchen der Absurdität: Er läßt sich dafür von jener Partei einladen, die in Berlin die Polizei abschaffen und noch mehr von jener Klientel einladen will, die in Homosexualität eine Todsünde sieht. Grundlage

des Linken-Antrags war übrigens ein Gefälligkeitsgutachten vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Aber das wurde inzwischen vom Verwaltungsgericht in Köln einkassiert. Daran ändert auch das gefühlige und die Realität verweigernde Geschwurbel von Kerkeling nichts.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1929103038513336&set=a.599798814777105>



Keine Konsequenzen nach Bluttat von Trier

Monatelang rätseln die Ermittler über die Beweggründe, während ein junges Leben für immer ausgelöscht ist. Mitte Juli wurde ein 22 Jahre alter Student nahe dem Universitätsgelände in Trier auf offener Straße erstochen. Der Tatverdächtige ist ein gleichaltriger Afghane, der mindestens zweimal mit einem Küchenmesser in den Oberkörper des Opfers gestochen haben soll. Bis heute liefert die Staatsanwaltschaft keine neuen Erkenntnisse zu den Hintergründen dieser Bluttat.

Die Debatte verharrt in der immer gleichen Sackgasse, weil Behörden und Politik krampfhaft nach Motiven forschen, statt die offensichtlichen Konsequenzen zu ziehen. Für die Bürger auf der Straße zählt am Ende nicht die Gedankenwelt des Täters, sondern die eigene Sicherheit im öffentlichen Raum. Wer die unkontrollierte Zuwanderung seit Jahren geschehen lässt, trägt die Verantwortung dafür, dass selbst der eigene Universitätsweg zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko wird.

Die Alternative für Deutschland fordert einen sofortigen Aufnahmestopp für Zuwanderer aus Afghanistan und die zügige Abschiebung aller Ausreisepflichtigen. Der Schutz der eigenen Bevölkerung muss in diesem Land endlich an erster Stelle stehen, anstatt das Staatsversagen achselzuckend hinzunehmen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1616480926514216&set=a.797289411766709>

EU außer Kontrolle

Hinter verschlossenen Türen verhandeln Brüsseler Spitzen über das digitale Briefgeheimnis von Millionen unbescholtenen Bürgern. Geleakte Dokumente aus dem EU-Ministerrat belegen, wie die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen die sogenannte Chatkontrolle 2.0 durchdrücken will. Über "Suchpläne" könnten Anbieter privater Messenger künftig dazu verpflichtet werden, vertrauliche Nachrichten automatisiert und massenhaft zu scannen. Obwohl gegen die einzelnen Nutzer keinerlei konkreter Verdacht besteht, gerät damit die gesamte private Kommunikation ins Visier der Behörden.

Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes droht hier ein beispielloser Kontrollapparat, der das freie Wort im Netz faktisch beerdigt. Wenn Justiz- und Verwaltungsstellen genehmigen, dass Konzerne wie Meta oder Apple private Unterhaltungen über lange Zeiträume überwachen, gleicht das dem anlasslosen Öffnen jedes einzelnen Briefes im



Postkasten. Wer private Chats derart durchforstet, stellt die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht und beraubt die Bürger ihrer grundlegenden Freiheitsrechte.

Wir als AfD stellen uns diesem Überwachungsdrang der Brüsseler Eliten unmissverständlich entgegen. Diese anlasslose Massenüberwachung privater Chats gehört sofort und ersatzlos gestoppt, weil vertrauliche Unterhaltungen das Fundament einer freien Gesellschaft bilden. Statt unbescholtene Bürger verdachtslos zu durchleuchten, muss die Europäische Union grundlegend reformiert und konsequent auf ihre eigentlichen Kernaufgaben beschränkt werden.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1615841843244791&set=a.797289411766709>



Politik für Dich statt Asylchaos mit der Union!

Über 14.000 Straftaten haben die Behörden allein im vergangenen Jahr in bayerischen Asylunterkünften registriert. Eine parlamentarische Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Gerd Mannes brachte diese beunruhigenden Zahlen zutage: Die Statistik des Innenministeriums verzeichnet neben 915 Gewaltdelikten unter anderem 38 Vergewaltigungen sowie neun Morde. Hinter diesen amtlichen Zahlen verbergen sich unzählige Opfer, während das Ministerium noch nicht einmal beziffern kann, wie oft die bayerische Polizei dorthin überhaupt ausrücken musste.

Ministerpräsident Markus Söder geriert sich gerne als kompromissloser Garant für innere Sicherheit, doch seine groß angekündigte Asylwende findet schlichtweg nicht statt. Dass die Staatsregierung weder die Zahl untergetauchter Ausreisepflichtiger noch den Status von Straftätern mit Haftbefehl zentral erfasst, gleicht einem echten Offenbarungseid. Die CSU verwaltet als frühere Volkspartei lediglich das eigene Versagen, verharret in leeren Ankündigungen und verweigert den Bürgern eine schonungslose Aufklärung der tatsächlichen Lage.

Diese unhaltbaren Zustände verlangen endlich einen konsequenten Kurswechsel und die uneingeschränkte Durchsetzung des Rechtsstaats. Straffällige Migranten dürfen nicht länger geduldet werden, sondern müssen unverzüglich in Gewahrsam genommen und ohne Verzögerung abgeschoben werden. Eine echte, spürbare Veränderung in der bayerischen Asyl- und Sicherheitspolitik gibt es nur mit der AfD.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1615512849944357&set=a.797289411766709>

USA: Finger weg von der AfD!

US-Abgeordnete Anna Paulina Luna droht Verbotsbefürwortern mit Einreiseverbot. „Sollten Sie die AfD verbieten, werde ich mit Minister Rubio sprechen und ein Reiseverbot für alle Abgeordneten beantragen, die den Beschlussantrag eingebracht haben, sowie für diejenigen, die ihn unterstützen“, schreibt Luna.

Sie ist sicher, es fehlen „überzeugende Beweise“ dafür, dass die AfD die verfassungsmäßige Ordnung abschaffen möchte. Vielmehr habe sie den Eindruck, dass ein unerwünschter politischer Konkurrent ausgeschaltet werden solle. Unsere Rede!



<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1740433568085093&set=a.742809414514185>



Staatliche Zensurpläne sofort stoppen!

Staatliche Behörden wollen soziale Netzwerke künftig flächendeckend und ohne jeden konkreten Anlass durchleuchten. Nach den Plänen für den neuen Digitale-Medien-Staatsvertrag sollen die Landesmedienanstalten moderne Softwaresysteme einsetzen, um Texte, Bilder und Videos auf Plattformen wie Facebook, TikTok oder X automatisiert zu durchforsten. Sogar geschützte Bereiche mit Zugangsbeschränkungen bleiben von dieser digitalen Rasterfahndung nicht verschont. Gleichzeitig drohen Verdreifachungen der Bußgeldobergrenzen auf bis zu 1,5 Millionen Euro, während die Verjährungsfrist von sechs auf 24 Monate vervierfacht wird.

Union und SPD treiben damit den schleichenden Umbau unseres Landes in einen autoritären Kontrollstaat voran. Die Koalitionäre definieren im Koalitionsvertrag kurzerhand selbst, welche Meinungsäußerungen angeblich nicht mehr geschützt sein sollen. Wer der Regierung widerspricht oder unbequeme Positionen vertritt, gerät sofort ins Visier staatlicher Aufseher und riskiert existenzvernichtende Strafen. Anstatt echte Probleme im Land anzupacken, rüsten die Bundesländer ihren Überwachungsapparat gegen die eigenen Bürger auf.

Die freie Rede bildet jedoch das Fundament jeder funktionierenden Demokratie und darf keinen Zensurbehörden geopfert werden. Dieser gefährliche Staatsvertrag bedeutet das faktische Ende der Meinungsfreiheit, wenn Bürger vor jedem Beitrag staatliche Repressalien fürchten müssen. Als AfD fordern wir den sofortigen Stopp dieses Gesetzesvorhabens und ein ausnahmsloses Ende der Überwachung im Netz. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung schützt das Volk vor staatlicher Willkür, und allein die AfD verteidigt diese Freiheit heute noch entschlossen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1614730613355914&set=a.797289411766709>

Statt halbgarer CDU-Lösungen: Vollständig auf Sachleistungen umstellen!

Aus Angst vor der eigenen Bedeutungslosigkeit entdeckt die Union nun scheinbar das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger wieder. Der Chef der Jungen Union, Johannes Winkel (CDU), fordert geringere Sozialleistungen für Menschen, die zuvor noch nie in das System eingezahlt haben. Er gibt offen zu, dass diese Maßnahme vor allem Migranten treffen würde, weil durch die zugelassene Massenmigration unzählige Menschen direkt in den deutschen Sicherungssystemen gelandet sind. Seinen Vorstoß will der Unionspolitiker nun bei Kanzler Merz (CDU) und Arbeitsministerin Bas (SPD) platzieren, weil seiner Partei nach bitteren Wahlniederlagen das Aussterben drohe.



Dieser Vorstoß bleibt ein durchschaubares Manöver, mit dem die Union von den verheerenden Folgen ihrer eigenen Politik ablenken will. Jahrelang hat die CDU die unkontrollierte Einwanderung ermöglicht und damit die Beitragszahler massiv überlastet. Wer fleißig arbeitet und jeden Monat enorme Abzüge auf dem Gehaltszettel verkraften muss, lässt sich nicht mit ein paar Prozentpunkten weniger für Nichtsteuer abpeisen. Solange weiterhin Bargeld fließt, bleibt der Anreiz zur illegalen Migration nach Deutschland ungebrochen hoch.

Halbgare Kürzungsdebatten lösen das fundamentale Problem an unseren Grenzen nicht. Wir als AfD fordern die vollständige und ausnahmslose Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Migranten, um die fatale Sogwirkung unseres Landes ein für alle Mal zu beenden. Wer unsere Sozialkassen dauerhaft schützen will, muss die Einwanderungsanreize konsequent abstellen, anstatt faule Kompromisse mit der SPD zu verhandeln.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1614572100038432&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Ulrich Siegmund will sich im Dezember zum Ministerpräsidenten wählen lassen

<https://apollo-news.net/ulrich-siegmund-will-sich-im-dezember-zum-ministerpraesidenten-waehlen-lassen/>

Der Zeitplan steht - ab Dezember wird regiert. Ich halte euch weiter auf dem Laufenden!

Video Ulrich Siegmund: <https://www.facebook.com/reel/1400583068956970>

Ulrich Siegmund will nur im ersten Wahlgang Ministerpräsident werden

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/ulrich-siegmund-will-nur-im-ersten-wahlgang-ministerpraesident-werden/>

Jetzt soll plötzlich die Sachsen-Anhalt-Wahl wiederholt werden

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/jetzt-soll-ploetzlich-die-sachsen-anhalt-wahl-wiederholt-werden/>



Bezirksbürgermeister in Berlin: CDU sieht „Gestaltungsauftrag“ bei der AfD und ist plötzlich gesprächsbereit

<https://apollo-news.net/cdu-gespraechsbereit-afd-will-bezirksbuergermeister-in-berlin-stellen/>

Neuauszählung bringt AfD weiteres Direktmandat in Berlin

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/neuauszaehlung-bringt-afd-weiteres-direktmandat-in-berlin/>

„Für ungültig erklären und rückgängig machen“: Ausgeschlossene AfD-Kandidaten legen Einspruch gegen Wahlen ein

<https://apollo-news.net/fr-ungultig-erklaeren-und-rckgngig-machen-ausgeschlossene-afd-kandidaten-legen-einspruch-gegen-wahlen-ein/>

Ex-Verfassungsrichterin fordert AfD-Beteiligung am Bundesverfassungsgericht

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/ex-verfassungsrichterin-fordert-afd-beteiligung-am-bundesverfassungsgericht/>

Spahn gibt Sitz im Haushaltsausschuss auf

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/spahn-gibt-sitz-im-haushaltsausschuss-auf/>

US-Abgeordnete droht AfD-Verbotsbefürwortern mit Einreiseverbot

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2026/us-abgeordnete-droht-afd-verbotsbefuerwortern-mit-einreiseverbot/>

Nächster Clan-Fall bei der Berliner Linken: Großfamilie aus Gaza stachelt zu Israelhass auf

<https://apollo-news.net/naechster-clan-fall-bei-der-berliner-linken-grossfamilie-aus-gaza-stachelt-zu-israelhass-auf/>

Dann ist „auch Buchenwald möglich“: Hape Kerkeling unterstellt AfD, dass sie Konzentrationslager bauen will

<https://apollo-news.net/dann-ist-auch-buchenwald-moeglich-hape-kerkeling-unterstellt-afd-dass-sie-konzentrationslager-bauen-will/>

Rhein, Söder, Wüst: Wenn diese Männer die Hoffnung der Union sind, gibt es keine Hoffnung mehr

<https://apollo-news.net/rhein-sder-wst-wenn-diese-mnner-die-hoffnung-der-union-sind-gibt-es-keine-hoffnung-mehr/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos



Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Deutschland-Kurier

<https://deutschlandkurier.de/>

Apollo News

<https://apollo-news.net/>

{ungeskriptet} by Ben

https://www.youtube.com/@ben_ungeskriptet

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de



t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadtbautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda



Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen